

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche haben wir im Bundestag mit einer Änderung des Grundgesetzes die **Betreuung der Arbeitsuchenden aus einer Hand** durch die **Jobcenter** zukunftsfest gemacht. Es wäre besser gewesen, wenn wir dies bereits vor über einem Jahr erreicht hätten. Doch im Frühjahr 2009 blockierte unser damaliger Koalitionspartner CDU/CSU eine Lösung, die allen Betroffenen – auch den Beschäftigten bei der Arbeitsvermittlung – schon frühzeitig Planungssicherheit gegeben hätte. Dass wir nun einen Kompromiss beschlossen haben, der sehr nah an unseren damaligen Forderungen liegt, ist ein Erfolg der SPD.

Wir erinnern uns: CDU und CSU wollten eine Zerschlagung der Jobcenter. Sie wollten die mittlerweile bewährte Hilfe aus einer Hand wieder aufteilen auf Kommune und Arbeitsagentur. Was zur Folge hätte, dass die Betroffenen zu zwei Behörden gehen müssen und – wie es in der Vergangenheit war – mitunter auch widersprüchliche Auskünfte erhalten. Nach der Bundestagswahl wollte die Union diesen „Rückschritt“ zusammen mit der FDP durchsetzen – scheiterte allerdings an der Vernunft der Bundesländer, auch der unionsregierten! Also doch Fortführung der Jobcenter. Doch dafür war nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Grundgesetzänderung notwendig. Diese erfordert eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit, also brauchte man uns Sozialdemokraten wieder. Und wir haben uns als Oppositionspartei der Verantwortung gestellt, was nach schwierigen Verhandlungen letztlich von Erfolg gekrönt wurde:



Berlin-Brief, Ausgabe 77
18. Juni 2010

Meine Termine

Tag der Diakonie

19.06.2010, 10 h, Heilbronn, Kiliansplatz

Stadtfest mit Stadtlauf in Möckmühl

20.06.2010, 11 h, Möckmühl

Sommerfest des SPD-Ortsvereins

Lehrensteinsfeld

20.06.2010, 13.30 h, Lehrensteinsfeld

Sonntagscafé des SPD-Ortsvereins

Bad Wimpfen

20.06.2010, 15.30 h, beim Roten Turm

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

- Erstmals ist ein Betreuungsschlüssel gesetzlich verankert: Ein Arbeitsvermittler kommt auf maximal 150 erwerbsfähige Hilfebedürftige, bei unter 25-jährigen liegt der Schlüssel sogar bei 1 zu 75.
- 3.200 Vermittlerstellen, die 2010 planmäßig bei der Bundesagentur für Arbeit zur Entfristung anstanden, aber von Schwarz-Gelb entgegen einer Verabredung gesperrt wurden, konnten auf unsere Forderung hin endlich entfristet werden.
- Die Optionskommunen, bei denen die Kommune die Betreuung in Eigenregie übernimmt, bleiben die Ausnahme und werden nur gering auf maximal 110 (also auf maximal 25 Prozent der Aufgabenträger) erweitert. In Nachverhandlungen konnte die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg durchsetzen, dass auch die 23 getrennten Trägerchaften – wie in der Stadt Heilbronn – durch eine Verlängerung der Übergangsfristen gleiche Chancen auf eine Bewerbung als Optionskommune haben.

Heute stand die **Hochschulbildung** im Plenum im Fokus. Einerseits bin ich ja froh, dass Schwarz-Gelb nicht die von Roland Koch angedrohten Einsparungen bei der Bildung wahr macht, aber andererseits ist die Bildungspolitik von Schwarz-Gelb doch sehr ernüchternd: Schwarz-Gelb setzt nur auf die Förderung der Hochbegabten und hat deswegen heute ein Stipendienprogramm auf den Weg gebracht. Doch wir müssen bei der Bildung in der Breite besser werden. Deswegen haben wir anlässlich der ebenso heute beschlossenen BAföG-Änderung gefordert, dass die Bedarfssätze und die Freibeträge an die Preisentwicklung angepasst werden müssen. Das allerdings stieß bei Schwarz-Gelb auf taube Ohren. Der drohende Fachkräftebedarf wird sich nicht mit einigen Hochbegabten abwenden lassen, stattdessen muss die Zahl der Uni-Absolventen gesteigert werden. Und deswegen darf auch nicht die soziale Herkunft eine Rolle spielen, ob sich jemand ein Studium finanziell leisten kann.

Meine **Rede**, die ich gestern in der Debatte über die Zukunft des Arbeitslebens gehalten habe, finden Sie anbei.

Mit freundlichen Grüßen

